



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Brandt, Sebastian Datum: 19.12.2022	Beschlussvorlage	2022/451
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Resolution "Verantwortung übernehmen für kommende Generationen - Vorfahrt für die Bahn"

Produkt/e:

Mobilität

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium
N	19.12.2022	Kreisausschuss
Ö	22.12.2022	Kreistag

Anlage/n:

-1-

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Lüneburg erklärt:

1. Die Bahninfrastruktur muss im Interesse kommender Generationen so ausgestaltet sein, dass sie auch noch in Jahrzehnten hinreichend leistungsfähig sein wird.
2. Das richtige Instrument für die Linienbestimmung ist das gesetzlich vorgesehene Raumordnungsverfahren.
3. Der Landkreis Lüneburg stellt sich jeglichem Ergebnis eines faktenbasierten, auf wissenschaftlich technisch anerkannter Methodik beruhenden Verfahrens, erwartet dies aber auch von anderen.
4. Die richtige Lösung darf nicht kurzfristigen politischen Erwägungen geopfert werden. Dafür lässt der voranschreitende Klimawandel keine Zeit
5. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Beschlussfassung in geeigneter Form in Richtung des Landes Niedersachsen und des Bundes zu kommunizieren.

Sachlage:

Der Kreistag des Landkreises Lüneburg hat am 16.12.2019 den Klimanotstand festgestellt. Einen entscheidenden Beitrag muss die angestrebte Verkehrswende leisten. Neben vielen anderen Maßnahmen muss die Stärkung von Kapazitäten des Bahnverkehrs konsequent vorangetrieben werden. Zwischen Hamburg und Hannover müssen insgesamt vier durchgängige Gleise vorhanden sein, sodass endlich ohne Störungen schnelle, verlässliche Verbindung im Deutschlandtakt, aber auch im Güterverkehr sowie im Nahverkehr entstehen.

Schon viel zu viel Zeit ist seit den ersten Planungen zur Y-Trasse vergangen. Das Land Niedersachsen hat eine raumgeordnete Trasse wegen politischer Widerstände aufgeben und ein Dialogforum ins Leben gerufen, das Bürgerinitiativen aus der Region Lüneburg ausgeschlossen hat, um anschließend einen regionalen Konsens zu verkünden.

Die Verwaltung hat sich am Samstag, 17.12.2022 mit den politischen Vertreterinnen und Vertreter aus dem Landtag und dem Bundestag sowie mit den betroffenen Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen auf das als Anlage 1. hinterlegte Schreiben an den zuständigen Bundesminister, Herrn Dr. Volker Wissing, verständigt, welches am 19.12.2022 versandt wurde.

Finanzielle Auswirkungen:

a) für die Umsetzung der Maßnahmen: _____ €

b) an Folgekosten: _____ €

c) Haushaltsrechtlich gesichert:

im Haushaltsplan veranschlagt

durch überplanmäßige/außerplanmäßige Ausgabe

durch Mittelverschiebung im Budget
Begründung:

Sonstiges:

d) mögliche Einnahmen:

wenn ja, umsatzsteuerliche Relevanz der Einnahmen:

ja

nein

klärungsbedürftig

Klimawirkungsprüfung:

Hat das Vorhaben eine Klimarelevanz?

keine wesentlichen Auswirkungen

—

positive Auswirkungen (Begründung)

negative Auswirkungen (Begründung)

Begründung:

Herrn Bundesminister
Dr. Volker Wissing
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Herr Jens Böther
(LR Landkreis Lüneburg)

Frau Claudia Kalisch
(OBin Hansestadt Lüneburg)

Herr Martin Feller
(Stadtdirektor Bad Bevensen)

Herr Christoph Palesch
(SGBM Amelinghausen)

Herr Heiner Luhmann
(SGBM Bardowick)

Herr Steffen Gärtner
(SGBM Gellersen)

Herr Peter Rowohlt
(SGBM Ilmenau)

Herr Markus Krug
(BM Gemeinde Jelmstorf)

Herr Jakob Blankenburg
(MdB SPD)

Frau Anna Bauseneick
(MdL CDU)

Herr Uwe Dorendorf
(MdL CDU)

Herr Pascal Mennen
(MdL Bündnis 90 / Die Grünen)

Herr Philipp Meyn
(MdL SPD)

Herr Detlev Schulz-Hendel
(MdL Bündnis 90 / Die Grünen)

Lüneburg, 17. Dezember 2022

Schieneninfrastruktur Hamburg-Bremen-Hannover: Es braucht ein rechtssicheres Verfahren für die verkehrlich beste Lösung!

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Wissing,

als Vertreterinnen und Vertreter unserer Region in unterschiedlichen Funktionen und Ebenen möchten wir Ihnen unsere Einschätzung zu dem o.a. Schienenausbauprojekt geben. Wir erkennen an, dass die Bahn mit der Variantenprüfung ihren gesetzlichen Auftrag, sowie es im Bundesschienenwegeausbaugesetz vorgesehen ist, erfüllt.

In Verantwortung für die Erreichung der Klimaziele und Gestaltung der Verkehre für die zukünftigen Generationen kommt der Schiene eine zentrale Bedeutung zu. Schnelle und attraktive Verbindungen auf den wichtigen Verkehrsachsen in unserem Land sind dafür essentiell. Wir sind der Überzeugung, dass wir die gesetzten Klimaschutzziele nur dann erreichen, wenn auch der Verkehrssektor seinen Beitrag dazu leistet. Wir brauchen jetzt eine am Bedarf orientierte Investitionsoffensive für die Schieneninfrastruktur.

Das gilt für die Verdoppelung der Fahrgastzahlen sowie der Umsetzung des Deutschlandtaktes, ebenso wie auch für den Ausbau der heute massiv überlasteten Hafenhinterlandanbindung. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass deutlich mehr Verkehre von der Straße auf die Schiene verlagert werden, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu vermindern und kürzere Fahrzeiten zu ermöglichen.

Wir bedauern es sehr, dass die Diskussion zunächst um eine Y-Trasse und in Folge dessen um das Projekt „Optimiertes Alpha E plus Bremen“ nun bereits seit Anfang der achtziger Jahre geführt wird, aber im Ergebnis nicht ein Kilometer Bahnstrecke in Niedersachsen ausgebaut bzw. neugebaut wurde.

Wir sind der Überzeugung, dass für Infrastrukturprojekte dieser Bedeutung die dafür in unserem Rechtsstaat vorgesehenen Instrumente für die Akzeptanz und Umsetzung zwingend angewendet werden müssen. Konkret heißt dies für das Projekt Hamburg-Bremen-Hannover, dass ein rechtssicheres Verfahren, beispielsweise durch ein Raumordnungsverfahren, unerlässlich ist. Auf diesem Wege wird fakten- und wissenschaftsbasiert sowie transparent die verkehrlich beste Lösung gefunden, die für zukünftige Generationen eine ausreichende Leistungsfähigkeit sicherstellt.

Einen regionalen Konsens zum Abschlussdokument des Dialogforums Schiene-Nord hat es nicht gegeben. Vielmehr gibt es einen regionalen Konsens zu einer Verlagerung des Personennah- und fernverkehrs sowie des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Aus diesem Grund brauchen wir ein rechtssicheres Verfahren, das auch vor dem Bundesverwaltungsgericht bestehen kann. Mit Blick auf unsere Ziele darf ein solcher Zeitverlust nicht riskiert werden.

Wir akzeptieren jedes Ergebnis, welches in einem fachlich fundierten und rechtlich abgesicherten Verfahren gefunden wird. Unsere Region ist bereit ihren Beitrag zum Ausbau der Schieneninfrastruktur zu leisten. So haben wir die Reaktivierung von Bahnstrecken in unserer Region initiiert. Außerdem sehen wir die dringende Notwendigkeit zur Reduzierung des Individualverkehrs die Schienenverbindung Hamburg-Lüneburg in ihrer Leistungsfähigkeit kurzfristig zu stärken.

Sehr geehrter Herr Dr. Wissing,

als Bundesminister in diesen für die Sicherung der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen so herausfordernden Zeiten richten wir unseren dringenden Appell an Sie und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Lassen Sie uns gemeinsam das Gesamtziel Verkehrswende in den Blick nehmen und an der verkehrlich besten Lösung arbeiten. Sehr gerne würden wir diese Thematik mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch, gerne auch bei uns vor Ort, erörtern.

Mit freundlichem Grüßen



Herr Jens Böther
(LR Landkreis Lüneburg)



Frau Claudia Kalisch
(Obin Hansestadt Lüneburg)



Herr Martin Feller
(Stadtdirektor Bad Bevensen)



Herr Christoph Palesch
(SGBM Amelinghausen)



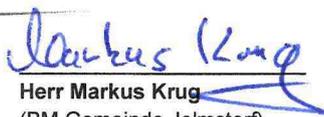
Herr Heiner Luhmann
(SGBM Bardowick)



Herr Steffen Gärtner
(SGBM Gellersen)



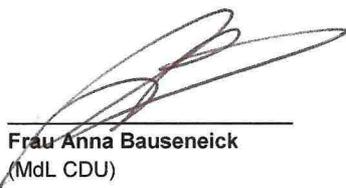
Herr Peter Rowohlt
(SGBM Ilmenau)



Herr Markus Krug
(BM Gemeinde Jelmstorf)



Herr Jakob Blankenburg
(MdB SPD)



Frau Anna Bauseneick
(MdL CDU)



Herr Uwe Dorendorf
(MdL CDU)



Herr Pascal Mennen
(MdL Bündnis 90 / Die Grünen)



Herr Philipp Meyn
(MdL SPD)



Herr Detlev Schulz-Hendel
(MdL Bündnis 90 / Die Grünen)